

Von: Uwe Schulze [REDACTED]
Betreff: Dringender Handlungsbedarf: Verbot der AfD und
Neuausrichtung einer bürgernahen Politik
Datum: 22/09/2024, 12:54:29
An: [REDACTED]@spdfraktion.de,
[REDACTED]@cducusu.de [REDACTED]@gruene-bundestag.de,
[REDACTED]@fdpbt.de
Kopie: TAZ kommune@taz.de, FAZ media-solutions@faz.de, HH
Abendblatt Harburg@abendblatt.de, Funke Medien
leserservice@funkemedien.de, Verlag Mopo
verlag@mopo.de, Redaktion SZ redaktion@sz.de, Die
Zeit diezeit@zeit.de, TAZ Blogwart blogwart@taz.de,
Redaktionsnetzwerk Deutschland info@rnd.de, DEWZeit
servicecenter@dewezet.de, FAZ2 Info@faz.net

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Bürger möchte ich mich heute mit einer dringenden
Angelegenheit an Sie wenden.

Es ist unübersehbar, dass die AfD in Deutschland als
verfassungsfeindliche Partei agiert, deren Vorgehensweise
darauf abzielt, unsere Demokratie systematisch zu
untergraben.

Ihre wiederholten Angriffe auf die Grundfesten unseres
politischen Systems, auf Minderheiten und die
rechtsstaatlichen Prinzipien, die unsere Gesellschaft
zusammenhalten, haben gezeigt, dass die rechtlichen
Hürden für ein Parteiverbotsverfahren längst überschritten
wurden.

Ein Verbot der AfD ist nicht nur rechtlich geboten, sondern
auch ein moralischer Imperativ. Der Schutz unserer
Verfassung und unserer Demokratie darf nicht weiterhin
gefährdet werden. Es liegt in Ihrer Verantwortung als

Vertreterinnen und Vertreter demokratischer Parteien, dem Willen der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger zu folgen, die in ihrer überwiegenden Mehrheit für eine wehrhafte Demokratie stehen. Setzen Sie ein klares Zeichen gegen Verfassungsfeindlichkeit und für den Schutz unseres Gemeinwesens!

Darüber hinaus möchte ich Sie dringend bitten, die Politik in Deutschland neu zu gestalten – hin zu einer Politik, die wirklich bürgernah und bürgerfreundlich ist. Es muss Ihnen als politisch Verantwortliche klar sein, dass viele Bürgerinnen und Bürger zunehmend das Gefühl haben, ihre Stimme werde nicht gehört, während Politikerinnen und Politiker sich immer mehr als eine abgehobene, elitäre Kaste präsentieren. Dies ist ein gefährlicher Zustand, der zu Unzufriedenheit, Politikverdrossenheit und zur Wahl von Rechtsextremen führt.

Es ist daher notwendig, dass Sie wieder den direkten Dialog

mit den Bürgerinnen und Bürgern suchen und uns eine echte Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen ermöglichen. Nur durch eine Politik, die die Bedürfnisse und Sorgen der Menschen ernst nimmt, können wir in Deutschland eine Zukunft gestalten, in der Wohlstand und Zufriedenheit für wirklich alle Bürgerinnen und Bürger wieder spürbar werden.

Im Rahmen unserer Petition, fordern wir Sie auf, konkrete Schritte zu unternehmen, um einerseits die AfD zu verbieten und andererseits eine transparente, bürgernahe Politik zu fördern, die die Lebensqualität und den Wohlstand aller Bürgerinnen und Bürger spürbar verbessert. Nur so kann die Demokratie gestärkt und das Vertrauen in die Politik wiederhergestellt werden.

Gerne erhalte ich eine Rückantwort und würde es begrüßen mit Ihnen in den Dialog zu treten.

Mit freundlichen Grüßen,

Uwe Schulze

Bündnis AfDexit

<https://www.afdexit.de>

Petition AfD-Verbot: <https://www.change.org/AfD-Verbot-Jetzt>